

# EBD-Politik 2020/21

Beschluss der EBD-Mitgliederversammlung am  
30. Oktober 2020

---

## Inhalt

	Seite
<b>Vorwort</b> .....	<b>2</b>
<b>1 Europäische Demokratie vertiefen</b> .....	<b>3</b>
1.1 Europäische Werte und Grundrechte achten .....	3
1.2 Parlamentarismus und pluralistische Demokratie stärken .....	4
1.3 Digitale Dialogkultur und Medienpluralismus fördern .....	5
1.4 Jugend stärken .....	6
1.5 Gleichstellung der Geschlechter voranbringen .....	7
1.6 EU-Rechtsetzung transparent gestalten .....	7
1.7 Deutsche Europapolitik modernisieren .....	8
1.8 EU-Haushalt demokratisch und transparent gestalten .....	9
<b>2 Globales Europa gestalten</b> .....	<b>11</b>
2.1 Europäische Außen- und Sicherheitspolitik vertiefen .....	11
2.2 Grenzen in Europa abbauen .....	13
2.3 Migrations- und Asylpolitik auf Basis europäischer Werte gestalten .....	14
<b>3 Europa zukunftsfähig machen</b> .....	<b>16</b>
3.1 Bildungspolitik modern und inklusiv gestalten .....	16
3.2 Ökologischen Wandel gestalten .....	17
3.3 Digitale und resiliente Zukunft gestalten .....	18
3.4 Soziale Gerechtigkeit gestalten .....	19

---

# Vorwort

Europa ist eine permanente Gestaltungsaufgabe, durch die Deutschland seine Handlungsfähigkeit langfristig sichert. Die Zukunftsfragen unserer Zeit – Klimaschutz, Migration oder die Bewältigung von Finanz- und Gesundheitskrisen – können nur gemeinsam im europäischen Verbund und unter Einbeziehung der politischen und gesellschaftlichen Kräfte auf allen Ebenen gelöst werden.

Als Akteure aus Gesellschaft und Wirtschaft setzten wir uns daher für die europäische Idee in Deutschland ein und bringen uns als Europäische Bewegung Deutschland e. V. (EBD), die uns als Netzwerk von 259 Mitgliedsorganisationen verbindet, aktiv in die Gestaltungsaufgabe der europäischen Politik ein. Gemeinsam haben wir uns auf der Mitgliederversammlung vom 30. Oktober 2020 auf eine EBD-Politik geeinigt, die die Grundlage für die Arbeit unseres Netzwerkes darstellt.

Die EBD-Politik orientiert sich an drei Herausforderungen für die europäische Politik, die über die Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit der Europäischen Union (EU) in den kommenden Jahren entscheiden werden und sich als rote Fäden durch unsere Politik ziehen:

- **Europäische Demokratie vertiefen:** Wir fordern ein demokratisches Europa, das seine Werte und Grundrechte verteidigt und seine Handlungsfähigkeit stärkt, indem es auf eine stärkere Parlamentarisierung der EU, eine selbstbestimmte Digitalisierung der europäischen Demokratie, transparente Entscheidungswege, einen zukunftsfähigen Haushalt und eine moderne deutsche Europapolitik setzt.
- **Globales Europa gestalten:** Wir fordern ein Europa, das als Friedens-, Einheits- und Freiheitsprojekt seiner Verantwortung gerecht wird, Stabilität und nachhaltigen Wohlstand weltweit zu fördern, Grenzen abzubauen und die demokratisch-rechtsstaatlichen Werte und Prinzipien zu verteidigen.
- **Europa zukunftsfähig machen:** Wir fordern ein zukunftsorientiertes Europa, das den digitalen und ökologischen Wandel in Hinblick auf die Ziele der europäischen Wettbewerbsfähigkeit und der sozialen Gerechtigkeit aktiv gestaltet.

Auf Basis der EBD-Politik haben wir uns auf sechs Prioritäten geeinigt, die wir schwerpunktmäßig als Netzwerk verfolgen möchten, und Arbeitsschwerpunkte festgelegt, die die Basis für den strukturellen Dialog in der Mitgliedschaft darstellen, um die europapolitischen Positionen in der EBD-Politik – auch zu kontroversen Themen – langfristig zu stärken.

Herausforderungen, wie die Covid-19-Pandemie und ihre nach sich ziehende Wirtschaftskrise, der Brexit, Europas Antwort in der Klima- und Migrationspolitik wie auch die Fragen zur demokratischen Weiterentwicklung der EU, werden weit über die deutsche EU-Ratspräsidentschaft die politische Agenda bestimmen. Um die EBD-Politik daher aktuell zu erhalten und Sprechfähigkeit zu sichern, beauftragen wir den Vorstand, auf Basis des Beschlusses der Mitgliederversammlung den Text kontinuierlich anzupassen.

Mit festem Blick auf die Bundestagswahlen im Herbst 2021 möchten wir daher für ein starkes, demokratisches Europa in Deutschland werben, das auf Basis der gemeinsamen Werte und Grundrechte die Zukunft gestaltet und somit Deutschlands Handlungsfähigkeit in einer globalisierten Welt der Umbrüche sichert.

---

# 1 Europäische Demokratie vertiefen

Eine lebendige europäische Demokratie ist die unbedingte Grundlage für eine friedvolle Zukunft und gute europäische Politik von und für alle Bürgerinnen und Bürger in der EU. Besonders in Zeiten, in denen europäische Demokratie sich zunehmend im digitalen Raum vollzieht, muss sie repräsentativ, pluralistisch und transparent gestaltet sein und auf der Einhaltung und Förderung europäischer Werte und Grundrechte basieren.

---

## 1.1 Europäische Werte und Grundrechte achten

Die EU ist eine auf Grund- und Menschenrechten aufgebaute Wertegemeinschaft. Von zentraler Bedeutung sind die im Vertrag über die Europäische Union (EUV) und in der EU-Grundrechtecharta verbindlich festgelegten Werte: Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus, Solidarität, Presse-, Religions- und Meinungsfreiheit sowie die Wahrung der Menschen- und Minderheitenrechte. Nur wenn diese Werte in der EU und allen Mitgliedstaaten geachtet werden, funktioniert die EU als nach innen und außen glaubwürdige Wertegemeinschaft.

### Rechtsstaatlichkeit schützen und fördern

Von besonderer Bedeutung ist die Rechtsstaatlichkeit als Grundvoraussetzung für die Garantie und den Schutz dieser Werte. Daher fordern wir die EU-Institutionen auf, die Rechtsstaatlichkeit durch alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente zu fördern.

Wir begrüßen, dass der Rat auf Basis der jährlichen Rechtsstaatsberichte der Europäischen Kommission einen **gleichberechtigten und konstruktiven Rechtsstaatsdialog** begonnen hat. Ziel dieses Dialoges sollte die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten und der EU sowie die Förderung eines gestärkten, gemeinsamen Verständnisses ihrer Bedeutung und Definition sein. Wir appellieren an den Rat, bei Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit von der **Möglichkeit der Sanktionierung auf Basis von Art. 7 EUV konsequent Gebrauch zu machen** und ermutigen die Europäische Kommission, **Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten**.

Darüber hinaus unterstützen wir den Vorschlag der Kommission, **die Vergabe der EU-Haushaltsmittel an die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien in den Mitgliedstaaten zu knüpfen**. Dieses Instrument muss zeitnah, wie von den Europäischen Staats- und Regierungsspitzen vorgeschlagen, beschlossen werden. Die EU sollte ebenso prüfen, ob sie durch die Vergabe von Fördergeldern kommunales Handeln, das europäische Werte und Grundrechte stützt, verbessert unterstützen kann.

### Europäische Werte stärken

Die EU und ihre Institutionen müssen sich stärker und gezielt für die **Wahrung und Förderung der europäischen Werte und Grundrechte in den Mitgliedstaaten, den Beitrittskandidaten und Partnerländern einsetzen**. Als wesentliches Fundament unserer Demokratie und des Zusammenhalts in der Gesellschaft müssen die EU und ihre Mitgliedstaaten achten, dass sie die Einhaltung der **gemeinsamen Werte und Grundrechte auch im digitalen Raum** sicherstellen, indem sie Verstöße konsequent ahnden. Insbesondere der Schutz der Privatsphäre und persönlicher Daten muss auch im Netz gelten, um unsere freiheitliche Demokratie zu bewahren.

Wir begrüßen besonders die laufenden Verhandlungen zum **Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)**. Der halbjährige Vorsitz Deutschlands im Ministerkomitee des Europarats ab November 2020 bietet eine Chance, Fortschritte in den Verhandlungen zu erzielen und europäische Werte als Teil demokratischer Resilienz gesamteuropäisch zu stärken.

Im Sinne eines verbesserten Schutzes und Monitorings der Grundrechte in Europa rufen wir ebenso dazu auf, das **Mandat der EU-Agentur für Grundrechte zu erweitern**. Die EU sollte der Agentur ermöglichen, die Einhaltung und Verwirklichung der Grundrechte in den Mitgliedstaaten in Kooperation mit gesellschaftlichen Kräften zu prüfen, zu bewerten und zu überwachen. Parallel sollte die Bundesregierung darauf hinwirken, die Zusammenarbeit der EU mit der Venedig-Kommission des Europarates zu fördern und diese dadurch zu stärken.

Als Festtag der Bürgerinnen und Bürger für die europäischen Werte und die freiheitliche demokratische Grundordnung **sollte der 9. Mai als einheitlicher europäischer Feiertag in der EU etabliert werden**.

---

## 1.2 Parlamentarismus und pluralistische Demokratie stärken

In zahlreichen Mitgliedstaaten schwindet das Vertrauen in Politik und damit in die Demokratie. Umso dringender müssen politische und staatliche Akteurinnen und Akteure auf allen Ebenen Vertrauen zurückgewinnen. Eine lebendige und vertrauenswürdige europäische Demokratie braucht starken Parlamentarismus und Pluralismus.

### Europäische repräsentative Demokratie ausbauen

Für einen starken Parlamentarismus muss das **Europaparlament** als das einzige von den Bürgerinnen und Bürgern direkt legitimierte EU-Organ in der demokratischen Gesetzgebung gestärkt und mit **einem Initiativrecht ausgestattet werden**, sei es durch interinstitutionelle Vereinbarungen oder durch Vertragsänderungen.

Mit Blick auf die Europawahl 2024 fordern wir zudem die politischen Parteienfamilien auf, **Spitzenkandidatinnen und -kandidaten** für das Präsidentschaftsamt der Europäischen Kommission aufzustellen, die sie dann auch durch den gesamten Prozess – besonders bei der Benennung im Europäischer Rat und bei der Wahl im Europaparlament – unterstützen. Hierbei sollten die Mitgliedstaaten der entsprechenden Erklärung zum Lissabonner Vertrag folgen. Außerdem braucht es ein **kohärentes Europäisches Wahlrecht**. Die Einführung transnationaler Listen und grenzüberschreitender Wahlkreise halten wir innerhalb eines neuen europäischen Wahlrechts für sinnvoll und ermuntern, ein einheitliches Wahlalter ab 16 Jahren einzuführen. Die Rolle des Parlaments als europäische Volksvertretung und die demokratische Entwicklung und Verfasstheit europäischer Parteien können durch diese Vorschläge gefördert werden.

Die **Konferenz zur Zukunft Europas** kann nur zu einer Stärkung des Parlamentarismus in der EU beitragen, wenn sie repräsentative, demokratische gesellschaftliche Kräfte konsultiert und ergebnisorientiert geführt wird. Die Stärkung des Parlamentarismus und der Schulterschluss mit den Wählerinnen und Wählern müssen bei allen Fragen der Fortentwicklung der EU im Vordergrund stehen. Auch Vertragsänderungen dürfen nicht ausgeschlossen werden. Die Konvents-methode gemäß Art. 48

EUV gewährleistet hier die größtmögliche Einbindung der gesellschaftlichen Kräfte und der Öffentlichkeit.

Für die EU als demokratische und handlungsfähige Gemeinschaft ist es schließlich wichtig, dass **Entscheidungen im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren**, also per Mehrheitsentscheidung im Europaparlament und Rat, getroffen werden. Das Erfordernis der Einstimmigkeit im Rat muss daher eine gut begründete Ausnahme sein.

### Europäische pluralistische Demokratie fördern

Die pluralistische Demokratie muss auf allen Ebenen, beginnend bei den Kommunen, gefördert werden. Nicht nur die Bürgerinnen und Bürger brauchen **bessere demokratische Beteiligungsmöglichkeiten in der EU**, sondern auch institutionelle Entscheidungstragende und Interessengruppen. Dies schließt auch und besonders die **Mitwirkungsrechte der nationalen Parlamente** ein. Demokratische Entscheidungsprozesse, wie z.B. in repräsentativen Verbänden und Vereinen, stärken das Verständnis für und die Einbindung in die Politik auf allen Ebenen. Wir fordern daher, diese „Demokratie im Kleinen“ durch die **Einführung eines europäischen Vereinsrechts** zu stärken.

Zur Erleichterung der europaweiten Verständigung und zur besseren Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit der europäischen Demokratie muss sowohl in der Außenkommunikation als auch in der visuellen Außendarstellung der EU-Institutionen die **europäische Sprachenvielfalt berücksichtigt** werden. Beteiligungsmöglichkeiten dürfen nicht durch sprachliche Hürden behindert und entscheidungsrelevante Dokumente müssen in allen Amtssprachen der EU veröffentlicht werden.

---

### 1.3 Digitale Dialogkultur und Medienpluralismus fördern

Eine europäische Dialogkultur und pluralistische Medien müssen gestärkt werden. Demokratie lebt vom Austausch unterschiedlicher Ideen und Meinungen, der sich zunehmend auch im digitalen Raum vollzieht. Die Digitalisierung bietet Chancen für eine Stärkung der europäischen Dialogkultur, da sie neue Beteiligungs- und Vernetzungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger schafft, die es aktiv und selbstbestimmt zu fördern gilt.

#### Demokratie im digitalen Raum selbstbestimmt gestalten

Jedoch sollten die EU und ihre Mitgliedstaaten auch die Herausforderungen im Blick behalten, die sich durch die Verschiebung politischer Debatten in den digitalen Raum ergeben haben. **Sie müssen eine gute Balance zwischen der Förderung der Meinungsvielfalt und der Bekämpfung von Desinformationen in der digitalen Debatte finden**, digitalen Echokammern entgegenwirken und klar die Grenzen der Meinungsfreiheit ziehen, wenn diese auf sozialen Medien in Hasskriminalität umschlägt. Insbesondere Wahlen und Referenden müssen vor intransparenter Einflussnahme im Netz geschützt werden. Wir bestärken daher die Europäische Kommission, in ihrem neuen Aktionsplan für Europäische Demokratie die Aspekte der Digitalisierung prominent zu berücksichtigen und durch Maßnahmen, wie einer europaweiten Aufsichtsstruktur, digitale Plattformen in die Pflicht zu nehmen, gegen Hassrede und Desinformationen vorzugehen.

## Pressefreiheit stärken

Angesichts medienfeindlicher Rhetorik und zunehmendem ökonomischen und politischen Druck auf freie Medien fordern wir, Angriffe auf die Pressefreiheit deutlich zu benennen und die Rahmenbedingungen für die freie Presse zu verbessern. **Zur Stärkung des Medienpluralismus und der Medienqualität soll die EU entsprechende Förderprogramme ausbauen** und einen zusätzlichen **Fonds für unabhängigen Journalismus** einrichten. Zugleich sollen unabhängige öffentlich-rechtliche Medien eine europäische Plattform für gemeinsame Nachrichten-, Bildungs- und Dokumentationsangebote schaffen und so den europäischen Kommunikationsraum stärken. Im Rahmen der neuen Rechtsstaatsberichte der Europäischen Kommission muss der Schutz der Pressefreiheit auch weiterhin eine zentrale Rolle einnehmen.

---

## 1.4 Jugend stärken

Besonders in diesen Zeiten, die von Unsicherheiten und Wandel geprägt sind, müssen wir junge Menschen stärken und als gleichberechtigte Akteurinnen und Akteure in der europäischen Politik anerkennen.

### Jugendstrukturen unterstützen

Jugendliche sind Impulsgeber für gesellschaftliche Erneuerung, aber zugleich die ersten, die die Konsequenzen der gegenwärtigen Krise tragen. Angesichts dieser Herausforderung sollte die EU ihre **Jugendstrategie für 2019-2027 politikübergreifend** entlang der elf Jugendziele konsequent **umsetzen**.

Wir setzen uns insbesondere für eine stärkere Beteiligung junger Menschen ein. Dies muss mit einer verbesserten **strukturellen und finanziellen Förderung von demokratisch organisierten Jugendverbänden und -ringen in Europa** beginnen. Denn sie stehen in zahlreichen Mitgliedstaaten unter politischem und finanziellem Druck, obwohl sie als Werkstätten der Demokratien Jugendlichen wichtige Kompetenzen in der Politikgestaltung vermitteln. Die geplante Europäische Jugendarbeitsagenda des Europarates und der EU wie auch eine verbesserte strukturelle Förderung in Erasmus+ sollten daher Jugendorganisationen europaweit stärken.

### Verbindliche Jugendpartizipation im EU-Gesetzgebungsprozess einführen

Die EU sollte in der politischen Teilhabe junger Menschen sichtbar vorangehen und auf Basis des Jugend-Co-Managements im Europarat eine **verbindliche Jugendpartizipation mit Einfluss auf konkrete Gesetzgebung einführen**. Die EU-Jugendkonferenz muss ein wichtiges Instrument sein, um die Umsetzung der Jugendziele voranzutreiben und den EU-Jugenddialog zu entfalten.

---

## 1.5 Gleichstellung der Geschlechter voranbringen

Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein wesentliches Vertragsziel der EU und als Grundsatz bereits seit 1957 fest in den europäischen Verträgen verankert, doch bis heute nur unzureichend realisiert.

### Europäische Gleichstellungsstrategie umsetzen

Wir begrüßen daher die **Europäische Gleichstellungsstrategie 2020-2025** und setzen uns für eine zeitnahe Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen ein. Besonders die vollständige **Ratifizierung der Istanbul-Konvention des Europarats** durch die EU und ihre Mitgliedstaaten muss schnellstmöglich verwirklicht werden, um Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt konsequent entgegenzuwirken.

### EU-Vereinbarkeitsrichtlinie umsetzen und Renten- wie auch Lohngefälle bekämpfen

Wir fordern die Mitgliedstaaten zudem auf, die **EU-Vereinbarkeitsrichtlinie zeitnah und ordnungsgemäß umzusetzen** und das **Renten- und Lohngefälle zwischen Männern und Frauen zu überwinden**. Die angekündigten verbindlichen Maßnahmen zur Entgelttransparenz zwischen Frauen und Männern wie auch der Vorschlag, Ausgaben im Zusammenhang mit der Gleichstellung der Geschlechter im Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021-2027 auf Programmebene sichtbar zu machen, können hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.

---

## 1.6 EU-Rechtsetzung transparent gestalten

Öffentlicher und parlamentarischer Wettstreit ist ebenso Teil pluralistischer Demokratie wie Lobbyismus. Sie können jedoch nur im Kontext größerer Transparenz aller beteiligten Akteurinnen und Akteure zu mehr Demokratie und Legitimation in der EU-Rechtsetzung beitragen. Europäische Demokratie kann nur funktionieren, wenn repräsentativen Verbänden bzw. demokratisch organisierten Interessengruppen im Gesetzgebungsprozess eine transparente, chancengleiche Einflussnahme ermöglicht wird und alle getroffenen Entscheidungen nachvollziehbar werden.

### Entscheidungsprozesse nachvollziehbar dokumentieren

Europäische Gesetzgebung funktioniert am besten mit der **Gemeinschaftsmethode. Sie muss jedoch nachvollziehbar sowie inhaltlich und sprachlich transparent gestaltet werden**. Die EU-Institutionen sollen öffentlich dokumentieren, inwieweit sie im Zuge von EU-Gesetzgebungsverfahren nationale und europäische Interessen gehört haben und Gemeinwohlinteressen berücksichtigt wurden. Für mehr Transparenz soll eine Veröffentlichungspflicht für Änderungsanträge und die Beteiligung nationaler und europäischer Interessengruppen zu Gesetzesvorhaben eingeführt werden.

### Externen Einfluss auf Rechtsakte konsequent offenlegen

Die laut Artikel 11 EUV zu gewährleistende Transparenz betrifft alle Organe der EU. Regelungen zur Transparenz lobbyierender Kräfte aus Wirtschaft und Gesellschaft sind bei Europäischer Kommission und Parlament weiter entwickelt als beim Ministerrat. **Der Rat und seine Vertretungen müssen die Regeln des gemeinsamen Lobbyregisters und die Verhaltenskodizes einhalten**. Tagungen des Rates sollten öffentlich sein, sofern sie gesetzgeberische Tagungspunkte behandeln.

Die Bundesregierung sollte die **Veröffentlichung von Lobbytreffen** stärker nach Relevanz darstellen, auch über die deutsche Ratspräsidentschaft hinaus verstetigen und so zu mehr Transparenz im Ministerrat beitragen. Ebenso sollte sie transparenzwilige Staaten im Ministerrat unterstützen und sich dem von mehreren Mitgliedstaaten unterzeichneten Non-Paper für mehr Transparenz im Ministerrat anschließen.

### **Informellen Trilog zur Ausnahme machen**

Die Abkürzung des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens durch informelle Triloge ermöglicht zwar eine schnellere Verabschiedung von Rechtsakten, gewährleistet aber nicht das für die politische Legitimation erforderliche Maß an Öffentlichkeit und Transparenz. Das im März 2018 beschlossene Urteil des Europäischen Gerichtshofs zur Veröffentlichungspflicht von Dokumenten bei informellen Trilogen muss vollumfänglich umgesetzt werden. **Es muss gesetzlich klar geregelt werden, wann und wie Trilogverfahren stattfinden sollen.** Es gilt: Triloge nur wenn nötig und so transparent wie möglich.

---

## **1.7 Deutsche Europapolitik modernisieren**

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft hat gezeigt, wie hoch die Erwartungen an deutsche Europapolitik sind, sowohl seitens der Mitgliedstaaten als auch seitens wirtschaftlicher, politischer und gesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure in und außerhalb Deutschlands. Die Position Deutschlands als größter Mitgliedstaat und stärkste Volkswirtschaft innerhalb der EU verlangt eine moderne und zukunftsorientierte Europapolitik.

### **Kohärenz in der Europakoordinierung stärken**

**Europapolitik ist Innenpolitik.** Auch innenpolitische Akteurinnen und Akteure dürfen sich darum nicht nur an kurzfristigen nationalen Eigeninteressen ausrichten. Nationale Interessen und Politiken brauchen stets einen europäischen Reflex.

Die deutsche Europakoordinierung muss von Grund auf modernisiert werden und sich den heute geltenden EU-Verträgen anpassen. Die europapolitische Organisationsstruktur und Koordinationsfähigkeit der Bundesregierung müssen gestärkt und erweitert werden. Ressortprinzip und parteipolitischer Egoismus dürfen nicht entscheidend sein. Daher fordern wir die Schaffung des Amtes einer Ministerin oder eines Ministers für besondere Aufgaben, die die **europapolitische Koordinierung im Bundeskanzleramt** verantwortet, Expertise aus den Fachressorts bündelt und sich dem demokratischen Diskurs europaweit und innerdeutsch auf Augenhöhe mit den Kabinettskolleginnen und -kollegen stellen kann.

### **Demokratische Europapolitik fördern**

**Deutsche Europapolitik muss parlamentarisch wie gesellschaftlich breit verankert werden,** damit Deutschland in einem vereinten Europa dauerhaft handlungsfähig ist. Der Deutsche Bundestag sollte in Form der zuständigen Ausschüsse in die Vor- und Nachbereitung von Ratssitzungen eingebunden werden. Auch Vertreterinnen und Vertreter von demokratischen und repräsentativen Verbänden und Vereinen sowie Expertinnen und Experten müssen stärker in die Gestaltung deutscher Europapolitik eingebunden werden.



Eine moderne deutsche Diplomatie sollte ihre Expertise zu allen europäischen Partnerländern in die innenpolitische Debatte zur deutschen Europapolitik einbringen. Es braucht eine **European Public Diplomacy**, die über staatliche Akteurinnen und Akteure hinausgeht und einen strukturierten europaweiten Dialog fördert.

---

## 1.8 EU-Haushalt demokratisch und transparent gestalten

Ein erheblicher Teil der EU-Gemeinschaftspolitik wird durch den gemeinsamen Haushalt finanziert. Demokratische Grundsätze und europäische Werte müssen sich auch im Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU widerspiegeln.

### EU-Haushalt demokratisch gestalten

Gesamteuropäische Aufgaben wie der Europäische Grüne Deal werden auch in den kommenden Jahren weiter an Bedeutung gewinnen. **Diese gesamteuropäischen Prioritäten müssen sich im EU-Haushalt abbilden.** Angesichts der Bedeutung des MFRs für die Handlungsfähigkeit der EU müssen das **Europäische Parlament und der Deutsche Bundestag intensiv in die Diskussionen zum Haushalt eingebunden werden.** Die Angleichung der MFR-Perioden an die Legislaturperiode des Europaparlaments würde eine parlamentarische Kontrolle des Haushalts stärken. Ebenso sollte der Europäische Rechnungshof eng mit den nationalen Rechnungshöfen zusammenarbeiten und Durchgriffswirkung erhalten.

**Zu den Prioritäten der EU zählen auch die Wahrung und Achtung europäischer Werte und Grundrechte.** Daher muss die Vergabe von EU-Haushaltsmitteln an die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien in den Mitgliedstaaten geknüpft werden und vom Prozess her so ausgestaltet sein, dass keine einzelnen, nationalen Vetorechte eingebaut sind. Die vage Absichtserklärung der Staats- und Regierungsspitzen vom Juli 2020 reicht nicht. Eine Einigung zur Rechtsstaatsverknüpfung muss auf Ministerebene getroffen werden.

Auch gesellschaftliche Akteurinnen und Akteure wie repräsentative Organisationen, Sozialpartner und Verbände müssen eingebunden werden. Der EU-Haushalt sollte zudem künftig einen **Demokratie-Bonus** enthalten, sodass in der Vergabe von europäischen Fördermitteln Projekte, die durch demokratisch verfasste Organisationen umgesetzt werden, stärker unterstützt werden.

Bestehende, erfolgreiche Programme wie Erasmus+ und Horizon Europe müssen mit **Blick auf heute unterdurchschnittlich beteiligte Mitgliedstaaten und Bevölkerungsgruppen** ausgeweitet werden, um eine höhere Akzeptanz hervorzurufen und neue Wachstumspotenziale zu erschließen. Ebenso muss die Mittelvergabe weiter demokratisiert und flexibilisiert werden.

### EU-Haushalt transparent gestalten

Aufgrund neuer gesamteuropäischer Aufgaben muss der gemeinsame Haushalt auch über die Auszahlungsperiode des Wiederaufbauinstruments auf **weit mehr als ein Prozent des Bruttonationaleinkommens** aufgestockt werden. Generell sollte ein neues Finanzierungsmodell des EU-Haushalts erörtert werden. Die Generierung von **Eigenmitteln** verringert nationale Egoismen in der Festlegung politischer Prioritäten und welche Eigenmittel in diesem Sinne zielführend sind, muss Teil der

politischen Debatte werden. Für eine gleichberechtigte Teilhabe an den Zahlungen in den MFR müssen **nationale Rabatte abgeschafft werden.**

Die Kommunikation und Diskussion während der **MFR-Verhandlungen in Deutschland müssen transparenter und faktenbasierter werden.** Während deutsche Nettozahler-Rhetorik überwunden scheint, dominieren auf europäischer Ebene immer noch nationale Eigeninteressen und Nettozahlerrechnungen.

**Langfristig müssen wir daher über neue Entscheidungswege zum MFR nachdenken,** die auf Mehrheitsentscheidungen im Rat und einer gleichwertigen parlamentarischen Mitwirkung basieren. Diese Fragen sollten daher auch als zentrale Zukunftsfragen im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas beraten werden.

---

## 2 Globales Europa gestalten

Der Erfolg der EU ist eng mit dem Erhalt der regelbasierten, multilateralen Ordnung verknüpft. Als Friedens-, Freiheits- und Einheitsprojekt trägt Europa daher die Verantwortung, Stabilität und nachhaltigen Wohlstand global zu fördern, Grenzen zu überwinden und demokratische Werte, rechtsstaatliche Prinzipien und Menschenrechte, wie das Recht auf Asyl, weltweit zu verteidigen.

---

### 2.1 Europäische Außen- und Sicherheitspolitik vertiefen

Die internationale Ordnung befindet sich im Umbruch und die EU läuft Gefahr, Spielball im strategischen Wettbewerb globaler Mächte zu werden. Um europäische Souveränität und eine regelbasierte internationale Ordnung zu erhalten, sollte sich die Bundesregierung für eine Stärkung der EU als unabhängiger außen- und sicherheitspolitischer Akteur einsetzen. Dazu gehört auch, die wirtschaftliche Stärke der EU besser zu nutzen, um europäische Interessen und Werte zu wahren.

#### Multilateralismus fördern und gemeinsame Verteidigungspolitik vertiefen

Kriege und Bürgerkriege in Nachbarregionen, Handelskonflikte, hybride Kriegsführung, Cyberattacken und Terrorismus – die Bedrohungen für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Europa nehmen zusehends zu. Vor diesem Hintergrund darf die EU nicht nachlassen, Konfrontationen durch **zivile Konfliktlösungen und multilaterale Verhandlungen** zu entschärfen und sich global für Menschenrechte, Völkerrecht und Freihandel einzusetzen. Die Initiative des Auswärtigen Amtes zu einer „Allianz der Multilateralisten“ ist ein richtiger Ansatz, da er engere Kooperationen demokratischer Staaten in internationalen Institutionen fördert. Die Bundesregierung sollte diesen Weg im Verbund mit ihren europäischen Partnern weiter beschreiten und sich für einen **europäischen Sitz im Weltsicherheitsrat** einsetzen, auch weil so eine seit Jahrzehnten überfällige Reform der Vereinten Nationen angestoßen würde.

Angesichts des Brexits, einer veränderten Sicherheitslage und der derzeitigen Unberechenbarkeit der US-Außenpolitik muss die EU ihre sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit stärken und die **verteidigungspolitische Zusammenarbeit über das Grundlagendokument eines Strategischen Kompasses und einer ambitionierten Fortführung der Initiative der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ) weiterhin vertiefen**. Ziel der SSZ sollte es sein, Truppenverbände zu integrieren, damit eine kohärente Streitmacht für die EU bereitsteht. Dabei muss die Harmonisierung der sozialen Rahmenbedingungen auf hohem Niveau für die Menschen in den Streitkräften mitgedacht werden. Die neuen Strukturen sollten unter einer wirksamen parlamentarischen Kontrolle stehen, die durch das Europaparlament und eine Wehrbeauftragte oder einen Wehrbeauftragten gewährleistet wird.

#### Mit einer Stimme in den auswärtigen Beziehungen sprechen

Als wichtige Ergänzung zu den strategischen Überlegungen muss die EU auch durch institutionelle Veränderungen zu einer kohärenten und effektiven Außenpolitik kommen. Wir setzen uns daher für die Einführung von **qualifizierten Mehrheitsentscheidungen im Rat für Auswärtige Angelegenheiten** ein und fordern die EU auf, eine schrittweise Reform durch die Nutzung der Passerelle-Klauseln anzustreben.

Ebenso muss die EU in ihren Beziehungen zu Drittstaaten **mit einer Stimme sprechen und ihre wirtschaftliche Größe nutzen, um ihre Interessen und Werte zu wahren**. Dies gilt besonders für die europäischen Beziehungen zu China, für die eine einheitliche Strategie erarbeitet werden muss. Diese Strategie sollte einen starken transatlantischen Charakter haben und sicherstellen, dass europapolitische, wirtschaftliche und technologische Souveränität wie auch die Einhaltung international anerkannter Mindeststandards im Arbeitsschutz und Sozialwesen gewahrt werden.

Gleichzeitig sollte sich die Bundesregierung für eine **enge außen- und sicherheitspolitische Partnerschaft mit allen Nachbarstaaten der EU** einsetzen, insbesondere mit dem Vereinigten Königreich, um für gemeinsame Prinzipien wie Multilateralismus, demokratische Grundrechte und Freihandel zu werben.

### **Offene strategische Autonomie und faire Handelspartnerschaften fördern**

Auf globaler Ebene muss die EU eine Verfechterin offener Märkte, des Freihandels und globaler Wertschöpfungsketten bleiben. Knapp die Hälfte der EU-Wirtschaftsleistung basiert auf Außenhandel. Daher sollte sich die EU weiterhin für einen fairen Wettbewerb im Welthandel stark machen, der international gültige Sozial- und Arbeitsschutzstandards fördert. Wir unterstützen die Kommission in ihrem Vorhaben, die **offene strategische Autonomie von europäischen Unternehmen im Weltmarkt** zu fördern und marktverzerrenden Subventionen aus Drittstaaten mit neuen geeigneten Instrumenten zu begegnen. Diese Initiative sollte durch eine robustere Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen und Handelsschutzmaßnahmen ergänzt werden.

Die EU muss die **multilaterale Handelsordnung stärken** und die Reform der Welthandelsorganisation (WTO) vorantreiben, um die Regeldurchsetzung strategisch zu verbessern. Neue Freihandelsabkommen müssen unter breiter Beteiligung von gesellschaftlichen Kräften und in größtmöglicher Transparenz demokratisch wie auch nachhaltig gestaltet werden. In Abgrenzung zu den drohenden Handelskriegen auf der Weltbühne muss sich die europäische Handelspolitik durch Fairness und Partnerschaft auszeichnen.

Der **partnerschaftliche Charakter der EU-Handelspolitik** sollte insbesondere für die politischen und wirtschaftliche Beziehungen zu den Staaten in Afrika, im Karibischen Raum und im Pazifischen Ozean (AKP) gelten. Wir begrüßen, dass die Kommission in der Außenpolitik einen Fokus auf die Vertiefung der EU-Afrika-Beziehungen gelegt hat und ermutigen sie, einen Paradigmenwechsel in den gegenseitigen Beziehungen einzuleiten. Denn nun gilt es, das Versprechen zu verwirklichen, die Geber-Empfänger-Struktur aufzulösen und eine echte und faire Partnerschaft auf Augenhöhe zu etablieren.

---

## 2.2 Grenzen in Europa abbauen

Die Überwindung von Grenzen, die Freizügigkeit im Schengen-Raum und vielfältige länder-übergreifende Kooperationen sind sichtbare Symbole der europäischen Einigung. Der Beginn der Covid-19-Krise hat jedoch verdeutlicht, wie fragil die grenzenlose Zusammenarbeit ist und wie in Krisenzeiten nationale Reflexe aufleben können. Dabei spielen nicht nur faktische Grenzen der Mitgliedstaaten eine Rolle, sondern auch noch immer existierende Grenzen in den Köpfen vieler Menschen.

### Fortschreitendes Aushöhlen von Schengen stoppen

Bereits vor der Covid-19-Krise wurden befristete Grenzkontrollen immer häufiger eingeführt. Diese Maßnahmen stellen die Grundfreiheiten Europas in Frage und gefährden Wirtschaftswachstum, grenzüberschreitenden Handel, Beschäftigung und Wohlstand. Wir fordern die Mitgliedstaaten dazu auf, **das permanente Aushöhlen von Schengen zu unterbinden und Grenzkontrollen im Schengen-Raum einzustellen**. Die Mitgliedstaaten müssen gemeinsam und in enger Absprache die Covid-19-Krise bewältigen. Sollten Einschränkungen aufgrund neuer Ausbrüche notwendig sein, müssen diese im Sinne der Verhältnismäßigkeit lokal fokussiert, nicht entlang von Landesgrenzen und auf Basis gemeinsamer Kriterien erfolgen.

**Ebenso koordiniert müssen die Mitgliedstaaten im Schutz der Schengen-Außengrenzen und der schrittweisen Öffnung zu EU-Drittstaaten vorgehen.** Insbesondere müssen die Europäische Kommission und die Bundesregierung dafür Sorge tragen, dass EU-Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrem aktuellen Wohnsitz und Arbeitsort nicht in EU-Aus- und Inländerinnen oder Inländer unterschieden werden.

Mittelfristig müssen die Kompetenzen des Europäischen Polizeiamtes **Europol weiterentwickelt** und die Europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache **Frontex** zu einer gemeinsamen Grenzschutzpolizei unter Kontrolle des Europäischen Parlaments **ausgebaut** werden.

Zudem setzen wir uns für eine zeitnahe Aufnahme **von Rumänien, Bulgarien und Kroatien in den Schengen-Raum** ein, sobald diese alle Kriterien erfüllt haben. Diese innere Teilung innerhalb der EU muss überwunden werden.

### Beitrittsprozess mit dem Westbalkan vorantreiben

Die EU muss den **Westbalkanstaaten eine glaubwürdige Beitrittsperspektive** in Aussicht stellen und **verlässlich zu ihren Beschlüssen stehen, um Stabilität in der Region zu fördern und autoritären Nationalismus einzudämmen**. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen den Beitrittsprozess mit den südosteuropäischen Ländern stärker vorantreiben und dabei bei allen Beitrittskandidaten auf die Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Werte bestehen. Falls notwendig, sollte die EU die Beitrittsverhandlungen aussetzen und bei potenziellen Beitrittskandidaten die Heranführungshilfen einfrieren.

**Um die Verhandlungen zum Erfolg zu führen, sollten alle Akteurinnen und Akteure einbezogen werden: Im Rahmen einer echten European Public Diplomacy** muss jeder Beitrittsprozess **von allen gesellschaftlichen Kräften**, der Politik und den Institutionen **kritisch diskutiert und breit getragen** werden. Die EU sollte daher unabhängige und europäisch gesinnte Kräfte in den Beitrittsländern, aber auch in ganz Europa, verstärkt fördern.

---

## 2.3 Migrations- und Asylpolitik auf Basis europäischer Werte gestalten

In der Migrations- und Asylpolitik muss es eine europäische Lösung geben, die sich fest an den gemeinsamen Werten und Grundrechte orientiert. Die EU muss Fluchtursachen daher durch einen kohärenten Ansatz eindämmen und das Gemeinsame Europäische Asylsystem grundlegend reformieren, um die Handlungsfähigkeit der EU und ihre Glaubwürdigkeit in der Wahrung ihrer Werte zu gewährleisten.

### Fluchtursachen bekämpfen

Entwicklungspolitik allein genügt nicht, um die vielfältigen Fluchtursachen zu bekämpfen. Es braucht dagegen einen **ressortübergreifenden Ansatz**, der auf Entwicklungschancen, Förderung guter Regierungsführung, Klimaschutz wie auch Prävention und Beilegung von Konflikten setzt.

### Europäische Asylpolitik grundlegend reformieren

Asylsuchenden muss eine **sichere Einreise und Schutz in Europa** ermöglicht werden. Das aktuelle Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) hält diesen Grundsatz nur ungenügend ein. Besonders die Aufnahme von in Seenot geratenen Menschen in der EU und ihre Verteilung zwischen den Mitgliedstaaten hat in der Vergangenheit immer wieder zu Konflikten geführt.

**Wir setzen uns daher für eine umfassende GEAS-Reform ein**, die nicht von ideologischen Diskussionen, sondern von langfristigen und im Einklang mit den Menschenrechten stehenden Lösungen getragen ist. Die Reform sollte mit einem Dialog und einem besseren Verständnis zur Bedeutung der europäischen Solidarität in der europäischen Asylpolitik beginnen. In diesem Rahmen sollte sich die Bundesregierung für eine klare Auslegung des Art. 80 AEUV im Rahmen der Asyl- und Migrationspolitik einsetzen wie auch **für positive Anreizstrukturen**, wie eine gezielte Förderung von aufnahmebereiten Kommunen und Regionen, werben.

Allen Schutzsuchenden muss ein **fares Aufnahmeverfahren** gewährleistet werden. Daher benötigen wir eine europäische Asylbehörde, um zu einheitlichen Verfahren und Anerkennungsstandards zu kommen. Zu einer menschenrechtskonformen Asylpolitik gehören sichere und **legale Einwanderungswege** wie auch ein fairer, unbürokratischer Verteilungsmechanismus in der Aufnahme von Geflüchteten. Das Engagement im Rahmen der humanitären Aufnahme und Resettlements des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) müssen ausgebaut werden. Ein Ausgleich der Lasten kann nötigenfalls auch finanziell erfolgen.

**Ebenfalls muss die Unterbringung von geflüchteten Menschen einheitlichen menschenwürdigen EU-Standards folgen.** Die Integration in die Gesellschaft muss durch einen schnellen Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, umfassende Bildungsangebote, Wertevermittlung und durch eine faire Anerkennung von vorhandenen Qualifikationen und Berufsabschlüssen erleichtert werden. Insbesondere die sprachliche Bildung muss allen Migrantinnen und Migranten, unabhängig von Geschlecht, Familienzusammensetzung, Bleibeperspektive und Aufenthaltsstatus, offenstehen.

**Die Aufnahme von Menschen, die voraussichtlich keinen Asyl- und Flüchtlingsstatus erhalten**, muss unter klaren Bedingungen erfolgen. Die EU muss eine Liste von sicheren Herkunftsstaaten einführen und mit Drittstaaten Rückkehrabkommen für Ausreisepflichtige schließen,

die die **Einhaltung der Menschenrechte der Rückkehrenden** sowie die Reintegration in die Gesellschaft gewährleisten.

### **Zuwanderungspolitik gestalten**

Fragen der Asyl- und Flüchtlingspolitik sind von Fragen der Fachkräftezuwanderung abzugrenzen. **Die Mitgliedstaaten müssen sich zu ihrer Rolle und Verantwortung bei der Zuwanderung bekennen.** Über Zuwanderungsgesetze sollen sie gezielt entsprechend ihres jeweiligen Bedarfs anwerben und das Potenzial der Zuwanderung nach Europa nutzen. Die EU kann in diesem Politikfeld eine vermittelnde Rolle einnehmen: Sie kann die nationalen Politiken durch Beratungszentren in den Herkunftsländern und durch den Ausbau legaler Einwanderungswege, wie einer Erweiterung des Blue-Card-Systems, unterstützen.

---

## 3 Europa zukunftsfähig machen

Die Covid-19-Pandemie gibt der EU die Chance, Europa im digitalen und grünen Wandel zukunftsfest zu gestalten. Wir setzen uns daher für eine europäische Politik ein, die die Ziele einer wettbewerbsfähigen und resilienten Wirtschaft mit den Ambitionen einer ökologisch nachhaltigen und sozial gerechten Zukunft in Einklang bringt.

---

### 3.1 Bildungspolitik modern und inklusiv gestalten

Eine Grundvoraussetzung für ein wettbewerbsfähiges, nachhaltiges und gerechtes Europa ist eine innovative wie auch inklusive Bildungspolitik, die von Bildungsinstitutionen und gesellschaftlichen Kräften getragen wird.

#### Bildungspolitik ganzheitlich fördern

Wir begrüßen den Vorschlag für einen **gemeinsamen Europäischen Bildungsraum** und setzen uns in der Umsetzung für einen breiten Bildungsbegriff ein. Denn Bildung ist ein lebenslanger Prozess, der alle Generationen einschließt und weit über die formale Bildung in Schulen und Universitäten hinausgeht. Die EU sollte daher nicht nur die Vergleichbarkeit von formalen Bildungsabschlüssen im Blick haben, sondern ebenso die non-formale Bildung besser anerkennen und Angebote fördern, die von gesellschaftlichen Kräften getragen werden.

**Die politische Bildung und insbesondere die Europabildung** stärken die europäische Demokratie von Innen und sind damit zentrales Element der Bildungsarbeit. Wir brauchen einen ganzheitlichen Ansatz, der frühzeitig und in allen Bildungsformen das Wissen über die Nachbarstaaten verankert, die Bedeutung von Werten und Grundfreiheiten bestärkt, die Bildung einer europäischen Identität fördert und Kompetenzen zur Teilhabe in der Demokratie vermittelt.

#### Zugang zu Bildung und Erasmus+ verbessern

Wir setzen uns für eine **Stärkung der digitalen Bildung** und für die **Integration von neuen Konzepten, wie der Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) und der ökonomischen Bildung**, in die Lehrpläne ein. Besonders im Zugang zu digitalen Bildungsangeboten hat die EU Nachholbedarf und sollte durch gezielte Förderungen über ihre Programme nachsteuern. Ebenso sollte die EU die Weiterbildung und berufliche Bildung stärken, um europaweit die Qualität und das Ansehen der beruflichen Bildung zu optimieren und somit dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken.

Nicht zuletzt treten wir für einen **inklusiven europäischen Bildungsraum** ein, in dem Lernerfolg unabhängig von sozioökonomischer Herkunft ist und Austauschprogramme breit genutzt werden. Weil immer noch zu wenige EU-Bürgerinnen und Bürger außerhalb der universitären Bildung an Erasmus+ teilnehmen, setzen wir uns für eine Institutionalisierung des europaweiten Austausches und eine stärkere Förderung des Fremdsprachenunterrichts in der beruflichen Bildung ein. Die finanzielle Stärkung und enge Beteiligung von Bildungstragenden in der Umsetzung des zukünftigen Erasmus+-Programmes ist hierfür unerlässlich.



---

## 3.2 Ökologischen Wandel gestalten

Die Covid-19-Pandemie hat offengelegt, wie wichtig präventives, entschlossenes Handeln ist. Wir begrüßen daher, dass die EU den Wiederaufbau als Chance begreift, den nachhaltigen Wandel zu gestalten. Auf Basis ihrer international eingegangenen Verpflichtungen sollten die EU und ihre Mitgliedstaaten den ökologischen Wandel im Einklang mit den Zielen der Wettbewerbsfähigkeit und sozialen Gerechtigkeit vorantreiben.

### Klimaneutralität und Nachhaltigkeit als Leitziele verankern

Die EU strebt mit dem **Europäischen Grünen Deal** mittelfristig ein klimaneutrales Europa an. Damit dies gelingen kann, sollte sie **im engen Dialog mit den Sozialpartnern und gesellschaftlichen Kräften** stehen und auf Basis eines breiten gesellschaftlichen Austausches das Vorhaben politikübergreifend umsetzen und durch geeignete Instrumente und Förderprogramme begleiten. Als wichtigen Baustein sollte die EU das europäische Klimagesetz beschließen, damit sie ihre Ambitionen der Klimaneutralität bis 2050 rechtsverbindlich festlegt und Rechtssicherheit schafft.

Ebenso sollte die EU-Kommission eine Rahmenstrategie vorlegen, die aufzeigt, wie die EU **die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung** (*Sustainable Development Goals, SDGs*) **umfassend in allen Politikbereichen umsetzen möchte**.

### Rahmenbedingungen für grünes Wachstum verbessern

Um ihre Ambitionen zur Klimaneutralität und der Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf 1,5°C zu unterstreichen, sollte die EU erörtern, inwieweit die Mitgliedstaaten ihren **nationalen Klimabeitrag (NDC) im Paris-Abkommen für 2030** ehrgeiziger gestalten können. Auf diesem Weg muss die EU innovative Kräfte aus Gesellschaft und Wirtschaft bündeln, um Technologiesprünge in der Dekarbonisierung zentraler Bereiche zu erzielen. Zudem sollte die europäische Wirtschaft auf Basis des neuen Aktionsplanes zu einer ressourceneffizienten und klimaneutralen Kreislauf-wirtschaft modernisiert werden. Parallel sollte die EU das **europäische Emissionshandelssystem reformieren**, um die CO<sub>2</sub>-Bepreisung effektiver zu gestalten.

### Biodiversität wahren

**Neben der Klimakrise müssen wir dringend dem fortschreitenden Verlust der Biodiversität auf unserem Kontinent und in der Welt entgegenwirken.** Die biologische Vielfalt ist eine wichtige Lebensgrundlage für Wohlergehen und Gesundheit. Wir unterstützen daher die Ziele der EU-Biodiversitätsstrategie für 2030. Die Mitgliedstaaten müssen die **Biodiversitätsstrategie** durch konkrete Maßnahmen **umsetzen** und sich auf der Vertragsstaatenkonferenz COP15 für einen weltweit verbindlichen, ambitionierten Rahmen einsetzen, um das Artensterben global so schnell wie möglich einzudämmen.

---

### 3.3 Digitale und resiliente Zukunft gestalten

Der gemeinsame Binnenmarkt ist eine Kernerrungenschaft des europäischen Projekts und Garant für wirtschaftliche Stabilität und Versorgungssicherheit. Jedoch ist er auch fast 30 Jahre nach seiner Etablierung noch nicht vollendet und muss für die digitale Zukunft fit gemacht werden, damit die EU ihr Potenzial für Wachstum, Innovation und gesellschaftliches Wohlergehen voll ausschöpfen kann.

#### Digitale Souveränität ausbauen und Binnenmarkt stärken

Wir fordern die EU auf, alle Anstrengungen zu unternehmen, die Integrität des Binnenmarktes zu wahren und gleichzeitig die **digitale wie auch technologische Souveränität der EU** zu stärken. Sie muss sozioökonomische Divergenzen in der EU, die durch die Covid-19-Krise noch verschärft wurden, entschieden entgegentreten und die Rahmenbedingungen für Wachstum und Unternehmergeist in der digitalen Wirtschaft verbessern. Dies muss mit der Verwirklichung des digitalen Binnenmarktes und der Bereitstellung einer leistungsfähigen, resilienten und insbesondere flächendeckenden digitalen Infrastruktur aus Mitteln von InvestEU und den europäischen Struktur- und Investitionsfonds beginnen.

Ebenso sollte die EU Innovationen in der **Entwicklung und Forschung europäischer digitaler Dienste und Schlüsseltechnologien vorantreiben** und den grenzüberschreitenden Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft verbessern. Es bestehen bereits gute Ansätze durch das Weißbuch zur Künstlichen Intelligenz und die europäische Datenstrategie, die es auf Basis der europäischen Grundwerte und mit dem Ziel, europäische digitale Technologieführerschaft zu schaffen, weiterzuentwickeln gilt. Dies sollte einhergehen mit einem verlässlichen Rechtsrahmen, der insbesondere Rechtssicherheit für die wirtschaftliche Nutzung von Daten schafft, wie auch über ein Gesetz für digitale Dienste, das einheitliche Regeln für Online-Plattformen im Binnenmarkt aufstellt.

Neben den Weiterentwicklungen muss die EU bestehende **Hemmnisse im Waren- und Dienstleistungsverkehr weiter abbauen** und durch eine modernere, horizontale Industrie- und Wirtschaftspolitik die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Unternehmen, besonders der Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU), stärken. Die Kommission sollte das Ziel eines schlanken, effizienten und KMU-freundlichen Regulierungsrahmens verfolgen und die EU-Wettbewerbsvorschriften grundlegend überprüfen, um europäische Unternehmen im Wettbewerb mit staatlich subventionierten Wettbewerbern aus Drittstaaten zu stärken.

#### Banken- und Kapitalmarktunion vollenden

Mit Blick auf Europas Krisenfestigkeit müssen wir die **Wirtschafts- und Währungsunion auf Basis der sozialen Marktwirtschaft dauerhaft stabilisieren**. Dazu muss die EU zeitnah die Banken- und Kapitalmarktunion vollenden, um die Widerstandsfähigkeit unseres Finanzsystems zu festigen und das Potenzial eines europäischen Kapitalmarktes voll auszuschöpfen.

#### Resilienz in der strategischen Versorgung stärken

Schließlich müssen wir neben der digitalen Souveränität die **Versorgungssicherheit** mit medizinischen Schutzgütern, Medikamenten und Medizintechnik verbessern, die Forschung und Entwicklung im Gesundheitsbereich fördern und die Zusammenarbeit in der Gesundheitspolitik verstetigen.

---

### 3.4 Soziale Gerechtigkeit gestalten

Europas Zukunft muss gerecht gestaltet sein, um gesellschaftlichen Zusammenhalt und Wohlergehen zu fördern. Die EU muss in der Krise an ihrem Versprechen festhalten, sozial und wirtschaftlich zusammenzuwachsen. Nur ein Europa, das die Freiheiten des Binnenmarktes mit der Solidarität und dem gesellschaftlichen Bedürfnis nach sozialer Sicherheit zusammendenkt, wird das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürgern zurückgewinnen.

#### Sozialen Fortschritt europaweit fördern

Die EU hat sich in ihren Verträgen der wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft verschrieben und sollte dieses Ziel auf Basis der **Europäischen Säule sozialer Rechte (ESSR)** weiter fest verfolgen. Denn wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt müssen besonders in Krisenzeiten Hand in Hand gehen. Unter Beachtung des Prinzips der Subsidiarität und im engen Dialog mit den Sozialpartnern und gesellschaftlichen Kräften sollten die EU und ihre Mitgliedstaaten die Grundsätze und -rechte zeitnah **in konkrete politische und gesetzgeberische Maßnahmen umsetzen**. Dies sollte jedoch, wie in der Präambel der Säule festgehalten, in den Grenzen der sozialpolitischen Befugnisse der EU geschehen und keine Ausweitung ihrer Kompetenzen oder Aufgaben mit sich bringen.

#### Zukunft der Arbeit durch sozialen Dialog gestalten

**Die EU sollte einem Anstieg der Arbeitslosigkeit**, insbesondere unter den Jugendlichen, durch gezielte europäische Investitionen, die Umsetzung des temporären SURE-Instruments und weitere komplementäre europäische Maßnahmen **entgegenwirken**. Schwerpunktmäßig sollten dabei die Ursachen der Arbeitslosigkeit durch nationale Arbeitsmarkt- und Bildungs-reformen angegangen werden. Die vorgeschlagene Stärkung der Jugendgarantie weist in dieser Hinsicht in die richtige Richtung, doch fehlt ein Qualitätsrahmen, der die Schaffung von guter Arbeit sicherstellt.

**Denn neue Arbeitsplätze im digitalen und ökologischen Wandel müssen ungeachtet des Beschäftigungsverhältnisses soziale Sicherheit und gute Arbeitsbedingungen** entlang europäischer Mindeststandards **bieten**. Dies gilt ebenso für die neuen Arbeitsformen, die im Zuge der Digitalisierung die klassische Dichotomie zwischen Selbstständigkeit und abhängiger Erwerbstätigkeit durchbrechen. Europäische Mindeststandards, wie zum Arbeitsschutz und -prävention, sollten besonders in diesem Bereich nicht ausgehebelt werden. Zudem sollte die EU durch ihre Kohäsionspolitik und dem neu geschaffenen Fonds für einen gerechten Übergang den ökologischen Wandel in den Regionen begleiten, die bisher von CO<sub>2</sub>-intensiven Industrien und Bergbau geprägt sind.

**Die Gestaltung der Rahmenbedingungen für gute Arbeit sollte stets im Dialog mit den Sozialpartnern geschehen**. Wir treten für eine mitbestimmte Arbeitswelt ein, die es Arbeitgebern und Beschäftigten ermöglicht, untereinander die Bedingungen ihrer Arbeit zu gestalten und darüber hinaus im Dialog mit dem Staat den ordnungspolitischen Rahmen ihrer Arbeit mitzubestimmen. Wir setzen uns dafür ein, den sozialen Dialog und die Sozialpartnerschaft europaweit auf allen Ebenen zu stärken und weiter zu institutionalisieren.